

HOHENLOHER TAGBLATT

Im Verbund der
SÜDWEST PRESSE

Donnerstag, 29. Oktober 2020 · 2,30 €

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR DEN BEZIRK CRAILSHEIM

Stadt & Region



Geld nur noch für zukunftssträchtige Projekte

Crailsheim. Bei der Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs für 2021 sprach Oberbürgermeister Gimmer davon, dass die Stadt sich auf zukunftssträchtige Vorhaben konzentrieren müsse.

Lokales Seite 9

Ungewöhnliche Methode an Computer und Co.

Crailsheim. An der Volkshochschule vermittelt Baris Keskin Fähigkeiten im Umgang mit Computern, Smartphones und Co. Seine ungewöhnliche Unterrichtsmethode: spielen, kaputtmachen, reparieren.

Lokales Seite 10

Neue Schulleiterin stellt sich im Gemeinderat vor

Schrozberg. Die neue Schrozberger Schulleiterin Stefanie Korder hat sich im Gemeinderat vorgestellt. Dabei erläuterte die Pädagogin, die seit Juni im Amt ist, auch die Pläne für die Digitalisierung der Schule.

Lokales Seite 12



Roman und Termine Seite 29
Fernsehen Seite 28

swp.de/crailsheim

Merlins und die BBL kostenlos:
www.swp.de/merlins-schauen

Instagram Folgen Sie dem HT im sozialen Netzwerk:
[@hohenloher.tagblatt](https://www.instagram.com/hohenloher.tagblatt)

Das Wetter



Zum Wochenende naht mindestens ein Zwischenhoch, bis dahin müssen wir noch ein paar Tiefausläufer erdulden. Heute zieht ein Regengebiet aus der Nacht ab, dann zeigt sich am ehesten vormittags etwas Sonne im kräftigen Westwind. Das dürfte nicht lange halten, neuer Regen zieht wohl schon mittags für den Nachmittag und Abend auf. 8 bis 11 Grad. ane

So erreichen Sie uns:

Abo-Service: 07951 409-423
aboservice.sho@swp.de
Privatanzeigen 07951 409-112
info.hota@swp.de
Geschäftsanzeigen 07951 409-231
anzeigen.sho@swp.de
Redaktion 07951 409-321
redaktion.hota@swp.de
Karten-Service 07951 409-112
www.hohenloher-tagblatt.de

74552 Crailsheim, Postfach 1254
Nummer 251 · 183. Jahrgang · E 3825



Merkel setzt Lockdown durch

Von Montag an müssen die Deutschen wieder mit deutlich härteren Einschnitten leben. Im Kampf gegen das Coronavirus werden die sozialen Kontakte eingeschränkt. Besonders betroffen sind Gastronomie, Kultur und Sport.

Themen des Tages

Eltern unzufrieden mit Eisenmanns Schulpolitik

Umfrage Die Baden-Württemberger kritisieren mehrheitlich das Krisenmanagement im Bildungsbereich. Viele kennen die Kultusministerin gar nicht. *Von Axel Habermehl*

Schlechtes Zeugnis für Susanne Eisenmann: Viele Baden-Württemberger sind unzufrieden mit der Schulpolitik in der Corona-Krise und mit der CDU-Kultusministerin selbst. Das geht aus dem „BaWüCheck“ hervor, einer repräsentativen Befragung des Allensbach-Instituts für Demoskopie im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

Die Befragten loben zwar überwiegend die Pandemie-Politik der Landesregierung insgesamt – die Schulpolitik aber nehmen sie aus. So bewertet eine Mehrheit die Arbeit von Grün-Schwarz bei der Bekämpfung der Corona-Krise als gut (51 Prozent) oder sehr gut (9 Prozent), während nur ein gutes Drittel weniger gute (23 Prozent) oder keine gute (11 Prozent) Arbeit attestiert.

In der Schulpolitik sieht das anders aus. Hier äußert die Mehrheit kritische Meinungen.

35 Prozent der Befragten erkennen in dem Bereich „weniger gute“, 22 Prozent sogar „keine gute Arbeit“. Dagegen sehen 31 Prozent „gute Arbeit“ und lediglich drei Prozent „sehr gute Arbeit“ in dem von der Kultusministerin Eisenmann verantworteten Ressort.

Über Eisenmann selbst, die auch als Spitzenkandidatin der CDU für die Landtagswahl im Frühjahr 2021 antritt, trauen sich die meisten Befragten kein Urteil zu. Ein knappes Drittel (32 Prozent) kennt sie gar nicht, fast ebenso viele

(30 Prozent) haben keine gute Meinung von ihr. 28 Prozent äußern sich unentschieden, 10 Prozent geben an, eine gute Meinung von Eisenmann zu haben. Besonders misslich für die Ministerin: Bei direkt Betroffenen ihrer Politik, bei Eltern von Schul- oder Kita-Kindern, ist sie zwar deutlich bekannter, aber noch unbeliebter: Hier haben 39 Prozent keine gute Meinung von

ihr – nur 14 Prozent eine gute. Die Umfrage stützt sich auf 1000 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 18 Jahre. Im Rahmen

des „BaWüChecks“ sind weitere Umfragen zu anderen Themen geplant. **Kommentar und Südwestumschau**

Die Situation an den Schulen

„Die Schulen stehen wegen der Corona-Krise vor enormen Herausforderungen. Wie bewerten Sie die Situation seit Ausbruch der Corona-Krise? Was trifft auf die Situation an den Schulen in Baden-Württemberg zu?“ (Antworten in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

| | Bevölkerung: | Eltern: |
|---|--------------|---------|
| Es fallen nach wie vor viele Unterrichtsstunden aus | 47 | 48 |
| Der Lehrermangel an den Schulen hat sich gravierend verschärft | 41 | 45 |
| Viele Schulen haben kein überzeugendes Hygienekonzept | 29 | 30 |
| Viele Lehrer haben sich wegen Gesundheitsrisiken vom Unterricht befreien lassen | 28 | 34 |
| Die meisten Schulen kommen gut mit der Situation klar | 20 | 22 |
| Die Maskenpflicht an den Schulen wird eingehalten und ausreichend kontrolliert | 18 | 25 |

GRAFIK BOCK / QUELLE: IFD-ALLENSBACH

Kommentar
Ulrich Becker
zur Kritik an
der Schulpolitik



Kein gutes Zeugnis

Hätten Sie alle Tageszeitungen des Landes abonniert, würden Sie heute morgen staunen: Nicht nur über den erneuten Lockdown berichten alle Blätter, sondern auch über die Umfrage zur Schulpolitik des Landes. Gleichschaltung, Systempresse? Nichts von dem: Die baden-württembergischen Tageszeitungen – 78 Titel mit 1,6 Millionen Auflage – haben sich zusammengetan, um vor der Landtagswahl nachzufassen und nachzufagen. Um zu zeigen, dass eine transparente Demokratie nicht ohne Zeitungen funktioniert. Schon der erste Bereich Bildung sollte der Politik zu denken geben – und der Kultusministerin ganz besonders. Das Krisenmanagement an den Schulen sehen 57 Prozent kritisch. Noch ärger sieht es bei der Digitalkompetenz der Lehrer aus: Die halten 69 Prozent für unzureichend. Ein Armutszeugnis nicht nur für diese Regierung. Dass ein Drittel der Befragten die Spitzenkandidatin der CDU nicht einmal kennt, ist da fast Nebensache.

Wahlwahnsinn

Von Andy Warhol stammt das Bonmot: „In der Zukunft wird jeder 15 Minuten berühmt sein.“ Diese 15 Minuten sind einem Mann aus dem US-Bundesstaat Iowa nicht gut bekommen. Er hatte ein Wahlplakat von Präsidentschaftskandidat Joe Biden geklaut. Die lokale Tageszeitung berichtete darüber in einem kleinen Sammelstück über kleine Verbrechen.

Damit niemand davon erfuhr, griff der Dieb zu einem ungewöhnlichen Mittel: Er klatzte kurzerhand auch die Zeitungen. In Teilen der Region war das

Blatt an diesem Tag in Kiosken und Geschäften nicht mehr verfügbar. Dachte der Mann: Aus den Augen, aus dem Sinn? Wenn ja, hätte er ignoriert, dass dieses Phänomen jeman dem auffallen könnte.

Vielleicht leidet der Mann aber auch nur an einer hochinfektiösen Krankheit, die allerdings nicht mit C beginnt und weitestgehend auf die USA beschränkt ist: Mad Election Disease, zu Deutsch: Wahlwahnsinn. In der Hauptstadt Washington D.C. ist die Krankheit

schon lange außer Kontrolle, ein besonders hartnäckiges Cluster findet sich in einem großen weißen Haus in der Pennsylvania Avenue. Doch auch der südöstlichste Bundesstaat, Heimat aller Florida Men, bleibt nicht verschont. Dort klatzte ein 26-Jähriger einen Bulldozer, um in der Nachbarschaft herumzufahren und Plakate von, Sie ahnen es, Joe Biden umzufahren. Immerhin: Ein Impfstoff könnte am 4. November auf den Markt kommen. *Dominik Guggemos*



Kulturhauptstadt Votum für Chemnitz

Berlin. Chemnitz soll „Kulturhauptstadt Europas 2025“ werden. Das teilte die Vorsitzende der mit der Entscheidung beauftragten europäischen Jury, Sylvia Amann, mit. Im Anschluss an die Empfehlung wird die Kulturministerkonferenz im Einvernehmen mit Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) bis Ende 2020 die Gewinnerstadt offiziell ernennen. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) äußerte sich hochofreut *afp*

Lkw-Maut EuGH kippt Berechnung

Luxemburg. Deutschland darf bei der Berechnung der Lkw-Maut nicht die Kosten für die Verkehrspolizei einbeziehen. Die Polizei falle unter hoheitliche Befugnisse des Staates und nicht unter Betriebskosten. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg am Mittwoch im Streit zwischen einer polnischen Spedition und der Bundesrepublik über die Rückerstattung von Mautgebühren entschieden. *afp*
Wirtschaft